

Beiträge von jüdischen Kommunistinnen und Kommunisten zur Erinnerungskultur der Bundesrepublik am Beispiel von Emil Carlebach und Esther Bejarano

200.000 Menschen waren am 11. September 1982 zum Konzert »Künstler für den Frieden« in das Bochumer Ruhrstadion gekommen.¹ Auf der Open-Air-Bühne stand auch »die israelische Sängerin Esther Bejarano« mit ihrer Band,² in der zwei junge palästinensische Musiker spielten. Bejarano wollte ein klares Zeichen gegen den kurz zuvor begonnenen Libanonkrieg setzen und sprach über die Bedeutung des Internationalismus als mögliche Lösung des Konflikts zwischen Palästina und Israel. Dabei nahm sie Bezug auf ihre eigene Biografie. Die Auschwitz-Überlebende war 1960 aus Israel nach Deutschland ausgewandert. Nach langer Zeit des Schweigens begann Bejarano Ende der 1970er-Jahre damit, als Musikerin und Zeitzeugin politisch aktiv zu werden. Sie trat für ein antifaschistisches Selbstverständnis (in) der liberalen Demokratie ein. Musik, wie etwa der Auftritt auf dem Konzert »Künstler für den Frieden«, ermöglichte ihr dabei einen emotionalen Zugang zu politischen Forderungen.

Am 31. Oktober 1988 wurden die DEFA-Dokumentarfilme »Die Lüge und der Tod« (DDR 1988, 36 min.) und »Kamerad Krüger« (DDR 1988, 94 Min.) des Regieduos Walter Heynowski und Gerhard Scheumann in der Akademie der Künste der DDR uraufgeführt.³ Bei der anschließenden Diskussion, die auch im DDR-Fernsehen übertragen wurde, saß der Buchenwald-Überlebende Emil Carlebach auf dem Podium. In seiner Wortmeldung zog er Parallelen zwischen dem Antisemitismus der Zwischenkriegszeit und dem Rassismus im Westdeutschland seiner Gegenwart. Ebenso wie einst die jüdische Minderheit »zum Blitzableiter, zum Opfer« gemacht worden sei, werde »heute gegen die Asylanten [sic!], gegen eine andere fremdartig erscheinende Minderheit« gehetzt. Den Antisemitismus wie den Rassismus sah Carlebach »als Ausfluss der jeweili-

1 Kathrin Fahlenbrach/Laura Stapane: Mediale und visuelle Strategien der Friedensbewegung, in: Christoph Becker-Schaum u. a. (Hg.): »Enrüstet euch!« Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn 2012, S. 229–246, hier S. 230, Fn. 9; Martin Klimke/Laura Stapane: From Artists for Peace to the Green Caterpillar. Cultural Activism and Electoral Politics in 1980s West Germany, in: Eckart Conze/Martin Klimke/Jeremy Varon (Hg.): Nuclear Threats, Nuclear Fear and Cold War of the 1980s, New York 2017, S. 116–141, hier 122 f.

2 Wechselbäder für den Frieden, in: Der Spiegel, Nr. 38 vom 19. September 1982, S. 220–221, hier S. 221.

3 Claudia Böttcher/Corinna Schier: »Die Mörder sind unter Euch!?« Walter Heynowskis und Gerhard Scheumanns Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus Ende der 1980er Jahre, in: Tobias Ebbrecht/Hilde Hoffmann/Jörg Schweinitz (Hg.): DDR – erinnern, vergessen. Das visuelle Gedächtnis des Dokumentarfilms, Marburg 2009, S. 192–212, hier S. 198.

gen gesellschaftlichen Zustände«. In einer Gesellschaft, »in der man die Masse der Menschen vor Not und Elend bewahren kann«, könnten auch solche Vorurteile behoben werden.⁴

Diese beiden Einblicke in die Biografien von Esther Bejarano (1924–2021) und Emil Carlebach (1914–2001) veranschaulichen, wie sich jüdische Kommunistinnen und Kommunisten⁵ ebenso wie – und doch anders als – andere Überlebende an der Entstehung einer Erinnerungskultur an die Verbrechen des Nationalsozialismus beteiligten.⁶ Erst dadurch handelten sie kommunistisch *in* der Demokratie. So konnten sie – wenn auch bei deutlicher Gegenwehr – Forderungen kommunistischer Politik innerhalb der Grenzen demokratischer Ordnungssysteme artikulieren. In den 1950er- und 1960er-Jahren wandten sich Emil Carlebach und andere gegen die antikommunistische Stimmung in der frühen Bundesrepublik. Seit den späten 1970er-Jahren agierten sie im Rahmen eines gesellschaftlich zaghaft anerkannten Gedenkens, wie Esther Bejarano, als Kommunistinnen und Kommunisten jedoch stets aus einer Position der Marginalität heraus. Ihr Engagement beschränkte sich keineswegs auf die Etablierung einer opferzentrierten Erinnerungskultur und die materielle sowie symbolische Anerkennung des Leids; auch wenn Überlebende früh – und oft als Einzige – Kritik an der Einbindung ehemaliger Nationalsozialisten übten, während sie selbst weitgehend von der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen blieben.⁷ Vielmehr zeigt sich darin das Bestreben um demokratische Mitgestaltung durch kommunistische Akteure, die so zu »engagierten Demokraten« (Frölich/Kohlstruck) *für* und ebenso auch *gegen* die sich durchsetzende bundesrepublikanische »Vergangenheitspolitik« (Frei) wurden.⁸

4 Veranstaltungsmitschnitt, undat. [31.10.1988], Akademie der Künste (im Folgenden: AdK) AVM-33 1560.

5 Der leitende Herausgeber hat uns darauf hingewiesen, dass sich die redaktionellen Richtlinien des JHK an den Empfehlungen des Rats für deutsche Rechtschreibung orientieren und daher die Verwendung von Sonderzeichen zur Kennzeichnung verschiedener Geschlechtsidentitäten nicht zulassen. Wir kritisieren dies, denn damit werden einer gendergerechten Sprache in der Geschichtswissenschaft unserer Auffassung nach Grenzen gesetzt. Wir verweisen an dieser Stelle auf die queeren Beiträge zur Geschichts- und Erinnerungskultur. Siehe exemplarisch zuletzt Anna Hájková: *Menschen ohne Geschichte sind Staub. Queeres Verlangen im Holocaust*, Göttingen 2024.

6 Henning Fischer: *Überlebende als Akteurinnen. Die Frauen der Lagergemeinschaften Ravensbrück. Biografische Erfahrung und politisches Handeln, 1945 bis 1989*, Konstanz 2018; Fritz Bauer Institut/Katharina Stengel/Werner Konitzer (Hg.): *Opfer als Akteure. Interventionen ehemaliger NS-Verfolgter in der Nachkriegszeit*, Frankfurt a. M. 2008; Philipp Neumann-Thein/Daniel Schuch/Markus Wegewitz (Hg.): *Organisiertes Gedächtnis. Kollektive Aktivitäten von Überlebenden der nationalsozialistischen Verbrechen*, Göttingen 2022; *NS-Verfolgte nach der Befreiung. Ausgrenzungserfahrungen und Neubeginn* (= Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung, H. 3), hg. von der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen, Göttingen 2022.

7 *Die unbewältigte Gegenwart. Eine Dokumentation über Rolle und Einfluss ehemals führender Nationalsozialisten in der Bundesrepublik Deutschland*, hg. vom Präsidium der Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes, Frankfurt a. M. 1962.

8 Claudia Frölich/Michael Kohlstruck (Hg.): *Engagierte Demokraten. Vergangenheitspolitik in kritischer Absicht*, München 1999; Norbert Frei: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996.

Somit stand der Beitrag von jüdischen Überlebenden der Shoah im Rahmen der 1947 ins Leben gerufenen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (ab 1971 VVN – Bund der Antifaschisten) für einen wesentlichen Einflussbereich des (Partei-)Kommunismus in der bundesdeutschen Demokratie.⁹ Viele VVN-Mitglieder waren zugleich Mitglieder der 1956 verbotenen KPD sowie der nach 1968 neu gegründeten DKP (Carlebach und Bejarano).¹⁰ Jüdische Kommunistinnen und Kommunisten beteiligten sich als erinnerungspolitische Protagonisten an der Entstehung einer Kultur der Erinnerung und des Gedenkens. Während bei der Kritik an der Erinnerungskultur im vereinigten Deutschland der vermeintliche Fokus auf Nationalsozialismus und Shoa im Vordergrund steht, ließen sich ebenso die konfligierenden Momente des Erinnerns in den Mittelpunkt stellen, welche die Vielschichtigkeit und Dynamik der Erinnerungskultur ausmachen. Wir hoffen daher, dass sich die Ambivalenzen in der gegenwärtigen erinnerungspolitischen Debatte durch die Perspektive auf die *andere* Geschichte der Bundesrepublik und die Diversität der Trägerinnen und Träger von Erinnerungskultur besser verstehen lassen.¹¹

Anhand der Biografien von Carlebach und Bejarano rekapitulieren wir die erinnerungspolitische Transformation als Teil der Demokratiegeschichte der Bundesrepublik und loten die *agency* jüdisch-kommunistischer Protagonistinnen und Protagonisten als vergangenheitspolitische Akteure aus. Wie also prägten jüdische Kommunistinnen und Kommunisten die liberale Demokratie? Oder anders gefragt: Wie weit war die liberale Demokratie bereit, auch kommunistisch eingestellte Jüdinnen und Juden als ernstzunehmende Stimmen im demokratischen Diskurs wahrzunehmen? Beide Biografien nutzen wir als Sonden,¹² um den Wandel des Verhältnisses zwischen jüdischen Kommunistinnen und Kommunisten und demokratischem Staat von der Ausgrenzung während der Hochphase des Antikommunismus bis zur Integration im Rahmen der bundesrepublikanischen Erinnerungskultur nachzuvollziehen.

9 Eine umfassende Zeitgeschichte der VVN(-BdA) fehlt. Katharina Stengel forscht am Fritz Bauer Institut zur Verbandsgeschichte. Allerdings existiert eine reiche verbandseigene Historisierung. Siehe Vom Häftlingskomitee zum Bund der Antifaschisten. Der Weg der Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes (= Bibliothek des Widerstandes), Frankfurt a. M. 1972; Max Oppenheimer (Hg.): Antifaschismus. Tradition – Politik – Perspektive. Geschichte und Ziele der VVN-Bund der Antifaschisten, Frankfurt a. M. 1978; Von Buchenwald bis Hasselbach. Organisierter Antifaschismus 1945 bis heute, hg. vom Präsidium der VVN-Bund der Antifaschisten, Köln 1987; Ulrich Schneider: Zukunftsentwurf Antifaschismus. 50 Jahre Wirken der VVN für »eine neue Welt des Friedens und der Freiheit«, Bonn 1997.

10 Wolfgang Rudzio: Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linke und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1988, S. 111 f.

11 Christoph Cornelissen: Erinnerungskulturen, Version: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 22.10.2012, http://docupedia.de/zg/cornelissen_erinnerungskulturen_v2_de_2012 (ges. am 29. September 2023); Constantin Goshler: Deutsche Erinnerungspolitik nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Nationalsozialismus, DDR und Kolonialismus zwischen Identitätsfiktionen und Ambiguitätstoleranz, in: Esther Gardei/Hans-Georg Soeffner/Benno Zabel (Hg.): Vergangenheitskonstruktionen. Erinnerungspolitik im Zeichen von Ambiguitätstoleranz, Göttingen 2023, S. 193–208; Martin Lücke/Irmgard Zündorf: Einführung in die Public History, Göttingen 2018, S. 29–35.

12 Thomas Etzemüller: Biographien, Frankfurt a. M. 2012, S. 73.

Dabei wird die VVN(-BdA) seit ihrer Entstehung 1947 bis zur politischen Wende 1989/90 im Kontext ihrer demokratiegeschichtlichen Wechselwirkungen beschrieben (II.). Als besonders aussagekräftig für die Analyse von Carlebach und Bejarano als politische Akteure wurden die Aktionsfelder Friedensbewegung/Antimilitarismus sowie Nahost/Antisemitismus ausgewählt (III.). Schließlich führen wir die vorhergehenden Kapitel zu einer These zusammen (IV.). Doch zunächst sollen die Biografien Carlebachs und Bejaranos knapp skizziert werden (I.).

Wir greifen in diesem Text auf eine breite Materialbasis zurück. Insbesondere die Archive der Bundesvereinigung und des Hamburger Landesverbandes der VVN-BdA bieten einen reichhaltigen und größtenteils unerschlossenen Fundus. Die Geschichtswissenschaft hat sich bislang zu wenig mit einzelnen, vor allem jüdischen Akteurinnen und Akteuren der Verfolgtenverbände auseinandergesetzt.¹³ Emil Carlebach gehört zu den bekannteren, bisher in der zeithistorischen Forschung aber wenig beachteten Persönlichkeiten des westdeutschen Kommunismus.¹⁴ Esther Bejarano erlangte erst in den letzten Jahrzehnten als Shoah-Überlebende und Musikerin Bekanntheit, die sich mit ihrem Tod noch einmal steigerte. Die erste autobiografische Schrift Bejaranos stammt aus dem Jahr 1989. Seitdem erschienen kleinere Berichte von ihr sowie zwei Biografien, eine kaum überschaubare Zahl an Interviews, Zeitungsartikeln, Filmen, Bilderserien, künstlerischen Erzeugnissen und sogar ein Kochbuch.¹⁵ Der zehn Jahre ältere Carlebach veröffentlichte seit den frühen 1980er-Jahren mehrere, teilweise autobiografische Bücher, wie z. B. über die nationalsozialistische Machtübernahme, über das Konzentrationslager Buchenwald, über seine Aufenthalte in der UdSSR, über die Pressefreiheit in der Bundesrepublik, über den »Flick-Skandal« und über seine Beteiligung an der Gründung der *Frankfurter Rundschau* nach dem Zweiten Weltkrieg.¹⁶ Carlebachs Bücher erschienen im von der westdeutschen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes im Jahr 1950 gegründeten Frankfurter Röderberg-Verlag, dessen Sachbücher sich mit der Geschichte des antifaschistischen Widerstands, der personellen »Restauration« in der Bundesrepu-

13 Siehe als Ausnahme vor allem Katharina Stengel: Hermann Langbein. Ein Auschwitz-Überlebender in den erinnerungspolitischen Konflikten der Nachkriegszeit, Frankfurt a. M. 2012.

14 Georg Fülberth: Die vier Leben des Emil Carlebach, in: ders.: Explorationen. Politische Publizistik aus drei Jahrzehnten, Köln 2014, S. 196–207.

15 Esther Bejarano: »Man nannte mich Krümel«. Eine jüdische Jugend in den Zeiten der Verfolgung, hg. vom Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik e. V., Hamburg 1989; Esther Bejarano/Birgit Gärtner: Wir leben trotzdem. Esther Bejarano. Vom Mädchenorchester in Auschwitz zur Künstlerin für den Frieden, 3. korr. und erw. Ausg., Bonn 2007; Esther Bejarano/Antonella Romeo: Erinnerungen. Vom Mädchenorchester in Auschwitz zur Rap-Band gegen rechts, 1. Neuaufl. Hamburg 2019.

16 Emil Carlebach: Reise in den Bolschewismus. Reportagen aus der UdSSR 1955–1980, Frankfurt a. M. 1981; ders.: Hitler war kein Betriebsunfall. Hinter den Kulissen der Weimarer Republik: Die vorprogrammierte Diktatur, Frankfurt a. M. 1982; ders./Fritz Noll: Die Meldung als Waffe, Frankfurt a. M. 1982; Buchenwald. Ein Konzentrationslager. Bericht der ehemaligen KZ-Häftlinge Emil Carlebach, Paul Grünwald, Helmut Röder, Willy Schmidt, Walter Vielhauer, hg. im Auftrag der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M. 1984; Kurt Bachmann/Emil Carlebach: Kauf' Dir einen Minister! Hintergründe zum Flick-Skandal, Frankfurt a. M. 1985; Emil Carlebach: Zensur ohne Schere. Die Gründerjahre der »Frankfurter Rundschau« 1945/47, Frankfurt a. M. 1985.

blik und dem Nachleben des Nationalsozialismus befassten, oder in dem 1969 von der DKP ins Leben gerufenen und ebenso in der Mainmetropole ansässigen Verlag Marxistische Blätter.¹⁷

I. Zwei Überlebende und ihre Biografien

Emil Carlebach

Emil Nathan Carlebach wurde am 10. Juli 1914 in Frankfurt am Main als Sohn des Kaufmanns Moritz Carlebach und seiner Frau Sophie (geb. Runkel) geboren. Die Familie Carlebach geht einerseits auf eine Frankfurter Linie von Kaufleuten zurück und ist andererseits mit der Lübecker Linie orthodoxer Rabbiner verwandt. 1930 schloss sich der 15-jährige Emil dem Sozialistischen Schülerbund an, wurde im Jahr darauf Mitglied des Kommunistischen Jugendverbands Deutschlands (KJVD) und 1932 der KPD. Wegen der Verbreitung illegaler Flugblätter wurde er im Mai 1933 (nach anderen Angaben am 11. Januar 1934) von der Gestapo-Leitstelle Frankfurt am Main verhaftet.¹⁸ Nach Verbüßung seiner Haftstrafen überstellte man ihn am 3. April 1937 als »politischen Juden« in das Konzentrationslager Dachau, bevor er am 22./23. September 1938 in das KZ Buchenwald verlegt wurde.¹⁹ Hier war er als Blockältester des sogenannten Judenblocks (Block 22) eingesetzt. Carlebach gehörte nicht nur der Gruppe der Funktionshäftlinge

17 Zu diesen Verlagen siehe u. a. Klaus Körner: Gegen Krieg und Faschismus. Der Frankfurter Röderberg-Verlag und Reclam Leipzig, in: Ingrid Sonntag (Hg.): An den Grenzen des Möglichen. Reclam Leipzig 1945–1991, Berlin 2016, S. 142–156; Klaus Körner: Verlagsprogramm: Antifaschismus. Der Röderberg Verlag 1950–1990, in: ders.: Trojanische Pferde. Politische Verlage im Kalten Krieg. Gesammelte Aufsätze 1988–2022, Leipzig 2023, S. 383–406; Jürgen P. Lang: Zeitschriftenporträt: Marxistische Blätter, in: Uwe Backes u. a. (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie 31 (2019), S. 229–244, hier S. 233.

18 Er verbrachte einige Zeit in verschiedenen Haftanstalten, bevor er vom II. Strafsenat beim Oberlandesgericht Kassel zu einer dreijährigen Zuchthausstrafe verurteilt wurde, die er wohl im Zuchthaus Hameln verbüßte. Siehe Kurzlebenslauf von Emil Carlebach, undat. [nach 1956], Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im Folgenden: SAPMO-BArch) DY 10/826, Bl. 1–2; handschriftlicher Bericht von Emil Carlebach vom 18.4.1945, Arolsen Archives. Zum Frankfurter Arbeiterwiderstand siehe Barbara Bromberger: Nieder mit Hitler! Frankfurter Arbeiterbewegung im Widerstand gegen den Faschismus 1933–1945, Frankfurt a. M. 2004; Hans Pleitgen: Widerstand und Verfolgung – Ein Nachwort, in: Frankfurter Arbeiterbewegung in Dokumenten 1832–1933. Bd. 2: Vom Ersten Weltkrieg bis zur faschistischen Diktatur 1914–1933, hg. vom Verein für Frankfurter Arbeitergeschichte e. V., bearb. von Judit Pàkh, Frankfurt a. M. 1997, S. 1421–1426.

19 Zu diesen Transporten siehe den Bericht von Emil Carlebach über »Die Juden in Buchenwald«, undat. [nach April 1945], S. 1, SAPMO-BArch SGY 27/193, unpag. Für eine veröffentlichte Version siehe Die Geschichte der Juden in Buchenwald (Emil Carlebach), in: Der Buchenwald-Report. Bericht über das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar, hg. von David A. Hackett, München 1996, S. 195–203. Zur jüdischen Häftlingsgruppe siehe Konzentrationslager Buchenwald 1937–1945. Begleitband zur ständigen historischen Ausstellung, erstellt von Harry Stein, hg. von der Gedenkstätte Buchenwald, Göttingen 1999, S. 76–79; Harry Stein: Buchenwald – Stammlager, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Bd. 3: Sachsenhausen, Buchenwald, München 2006, S. 301–356, hier S. 314–316.

an, sondern soll auch in den kommunistischen Lagerwiderstand eingebunden gewesen sein. Offenbar rettete ein Identitätstausch sein Leben.²⁰

Nach der Befreiung Buchenwalds am 11. April 1945 durch das US-Militär verbrachte Carlebach noch einige Wochen im Lager und kehrte Mitte Mai in seine Heimatstadt Frankfurt zurück, wo ihn jedoch keine Angehörigen erwarteten. Auf einem »Fragebogen für Insassen der Konzentrationslager« erklärte er: »My whole family is murdered.«²¹

In Frankfurt angekommen, wurde er zu einem wichtigen Vertreter der Rückkehrerinnen und Rückkehrer.²² 1946/47 beteiligte er sich maßgeblich an der Gründung der VVN in den Westzonen, wenig später auch prominent an der Wiedergründung der KPD in Frankfurt am Main. Zudem war er einer von sieben OMGUS-Lizenzträgern – drei Sozialdemokraten, drei Kommunisten und ein Linkskatholik – für die neue *Frankfurter Rundschau*, der ersten Zeitungsneugründung im US-amerikanischen Sektor.²³

Am 30. Juni 1946 wurde Carlebach in die Verfassungsberatende Landesversammlung Groß-Hessen berufen und war damit an der ersten Verfassung des Landes Hessen – inklusive des Sozialisierungsartikels 41 – beteiligt, enthielt sich allerdings bei der Verabschiedung des Entwurfs am 2. Oktober 1946 gemeinsam mit den anderen kommunistischen Delegierten.²⁴ Für die KPD saß Carlebach als Verordneter in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung (1946–1950, ab 1948 als Fraktionsvorsitzender) und als

20 Nach 1945 und erneut seit 1990 entbrannten immer wieder Kontroversen um die »roten Kapos« und die Frage der sogenannten Selbstbefreiung des Lagers im April 1945. Siehe Philipp Neumann-Thein: Parteidisziplin und Eigenwilligkeit. Das Internationale Komitee Buchenwald-Dora und Kommandos, Göttingen 2014; Lutz Niethammer (Hg.): Der »gesäuberte« Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente, Berlin 1994; Hasko Zimmer: Der Buchenwald-Konflikt. Zum Streit um Geschichte und Erinnerung im Kontext der deutschen Vereinigung, Münster 1999.

21 Fragebogen für Insassen der Konzentrationslager, Military Government of Germany, 7.5.1945, Arolsen Archives (ehemals: ITS) Nr. 5651296.

22 Der nur für kurze Zeit von den US-Amerikanern eingesetzte Frankfurter Bürgermeister Wilhelm Hollbach habe ihn beauftragt, gemeinsam mit dem Kommunisten Clemens Bukowski »entlassene politische Häftlinge aus K.Z.-Lagern, Zuchthäusern usw. den in anliegendem Verzeichnis enthaltenen Hotels zur Übernachtung und Verpflegung zuzuweisen«. Bescheinigung für Clemens Bukowski und Emil Carlebach, Betreuungsstelle für Sonderfragen, 17.5.1945, Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main (im Folgenden: ISG FFM) A.54.03, Sig. 914, unpag.

23 Die Abkürzung OMGUS steht für Office of Military Government for Germany, United States. Dabei handelte es sich um die höchste Verwaltungseinrichtung der amerikanischen Besatzungszone und des amerikanischen Sektors von Berlin. Carlebach: Zensur ohne Schere (Anm. 15); Richard Meng (Hg.): Haltung zählt. Anspruch und Geschichte der Frankfurter Rundschau, Berlin 2021.

24 Walter Mühlhausen: Die Entstehung der Verfassung des Landes Hessen 1946, 2. Aufl. Wiesbaden 2022. Die Beteiligung der KPD am demokratischen Wiederaufbau nach 1945 und insbesondere an der Erarbeitung der Landesverfassung ist in der hessischen Landesgeschichte vernachlässigt worden. Siehe etwa Helmut Berding/Klaus Eiler (Hg.): Hessen – 60 Jahre Demokratie. Beiträge zum Landesjubiläum, Wiesbaden 2006; 50 Jahre Verfassung des Landes Hessen. Eine Festschrift, hg. von Hans Eichel. Siehe auch Wolf-Arno Kropat: Hessen in der Stunde Null 1945/47. Politik, Wirtschaft und Bildungswesen in Dokumenten, hg. in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Hauptstaatsarchiv, Wiesbaden 1979, S. 111–153. Die KPD hatte keinen eigenen Verfassungsentwurf vorgelegt und die verfrühte Initiative für Länderverfassungen angesichts der laufenden Umerziehung der Deutschen kritisiert, beteiligte sich jedoch mit pragmatischen Vorschlägen an den Debatten und schloss sich in wesentlichen Punkten der SPD an. Siehe Helmut Berding: Die Entstehung des Landes Hessen und seiner Verfassung, in: Berding/Eiler: Hessen, S. 35–63, hier S. 45 f. u. 50–55.

Abgeordneter im Hessischen Landtag (1946–1950), in den die KPD bei der Wahl am 1. Dezember 1946 mit 10,7 Prozent der Stimmen eingezogen war. Hier sprach sich Carlebach wiederholt gegen Restaurationstendenzen in der hessischen Verwaltung aus, wie etwa an der Frankfurter Universität, wo der Jurist Rudolf Schiedermaier, der im besetzten Norwegen im Rahmen eines NS-Standgerichts an der Fällung von Todesurteilen beteiligt gewesen und nun Prodekan der rechtswissenschaftlichen Fakultät war. Carlebach wandte gegen die Wiedereinsetzung derartig belasteter Staatsbeamter ein: »Wir wissen, wie sich die Entwicklung schon einmal nach 1919 gestaltete. Ich glaube, es ist die erste Pflicht des Landtags, sich darum zu kümmern, daß eine solche Entwicklung, wie sie sich von 1919 bis 1930 ergeben hat, nicht von 1945 bis 1948 oder irgendwann noch einmal vor sich geht.«²⁵

Fehlentwicklungen machte Carlebach vor allem in der Spaltung der linken Arbeiterbewegung aus, deren Wiederholung unbedingt vorgebeugt werden müsse. Bereits im September 1945 hatte Carlebach einen Aufruf für die »Aktions-Einheit« der Kommunisten mit den Sozialdemokraten unterzeichnet.²⁶ Ein Aufruf der hessischen KPD »Für die Partei der sozialistischen Einheit« vom 20. April 1947 – genau ein Jahr nach der in der Sowjetischen Besatzungszone unter Zwang zustande gekommenen Vereinigung von SPD und KPD zur SED – forderte schließlich das Zusammengehen von SPD und KPD nach ostdeutschem Vorbild.²⁷ Im August 1947 wurde Carlebach die Lizenz für die *Frankfurter Rundschau* entzogen, nachdem die sozialdemokratischen Lizenzträger die Zusammenarbeit mit den kommunistischen Vertretern bereits seit Oktober 1945 verweigert hatten. Bis März 1946 war der ursprüngliche Herausgeberkreis zerfallen und zwang die US-Amerikaner zum Einschreiten.²⁸ Später fungierte er als Chefredakteur der *Sozialistischen Volkszeitung*, der Zeitung der hessischen KPD, sowie der 1950 in Frankfurt am Main gegründeten VVN-Zeitung *Die Tat* und des VVN-eigenen Röderberg Verlags. Er schrieb ebenso für die Düsseldorfer KPD-Zeitung *Freies Volk* und gehörte dem Sekretariat des hessischen KPD-Landesverbandes an.²⁹

Seine Äußerungen in Artikeln und Redebeiträgen brachten Carlebach wiederholt in juristische Schwierigkeiten. Weil er auf einer Versammlung den damaligen Finanzminister des Bundeslandes Hessen Werner Hilpert angeblich beleidigt hatte, stand er im Dezember 1951 vor Gericht. Im Oktober 1952 verlor er einen Prozess wegen übler Nachrede und Beleidigung, nachdem er die Schriftstellerin Margarete Buber-Neumann in der *Sozialistischen Volkszeitung* im Mai 1950 als »Mitglied der Fünften Kolonne des natio-

25 Wortmeldung des Abg. Carlebach (KPD): Reform oder Restauration? Landtagsdebatte vom 28. Juli 1948, Dokument 6, in: Entnazifizierung, Mitbestimmung, Schulgeldfreiheit. Hessische Landtagsdebatten 1947–1950. Eine Dokumentation, bearbeitet von Wolf-Arno Kropat, Wiesbaden 2004, S. 132–150, hier S. 142.

26 Aufruf »Die Kommunisten und Sozialdemokraten bilden die Aktions-Einheit«, 2.9.1945, ISG FFM S6b-75, 444, unpag. Siehe auch Barbara Bromberger: Nieder mit Hitler! Frankfurter Arbeiterbewegung im Widerstand gegen den Faschismus 1933–1945, Frankfurt a. M. 2004, S. 169.

27 Aufruf »Für die Partei der sozialistischen Einheit«, 20.4.1947, ISG FFM S6b-75, 444, unpag.

28 Die Intervention seiner Genossen beim US-Militärgouverneur, General Lucius D. Clay, hatte keinen Erfolg. Siehe Bericht über eine Unterredung mit General Clay, gez. Fritz Sperling, 9.9.1947, BArch BY 1/60, Bl. 36–39. Siehe Richard Meng (Hg.): Haltung zählt. Anspruch und Geschichte der Frankfurter Rundschau, Berlin 2021, S. 13. f.

29 Liste »Sekretariatsmitglieder der Landesvorstände«, 14.3.1950, BArch, BY 1/3278, Bl. 23.

nalsozialistischen Regimes in der Sowjetunion« bezichtigt hatte.³⁰ Um seinen Prozess gegen die als »Agentin« bezichtigte Buber-Neumann vorzubereiten, erbat Carlebach Material bei Paul Laufer von der Zentralen Parteikontrollkommission der SED.³¹ Stein des Anstoßes für Carlebach war Buber-Neumanns Erlebnisbericht *Als Gefangene zwischen Hitler und Stalin* (1949). Wegen Beleidigung des früheren Bundesinnenministers Robert Lehr wurde Carlebach im April 1954 zu einer Geldstrafe verurteilt. In einem im November 1951 erschienenen Leitartikel hatte er Lehr Anbiederung an die Nationalsozialisten vorgeworfen.³²

Im Zuge des KPD-Verbots 1956 und der befürchteten Repression emigrierte Carlebach um 1957/58 mit seiner Ehefrau Ursula (geb. Siewert) in die DDR. Hier arbeiteten beide beim Deutschen Freiheitssender 904, der nach dem Parteiverbot ins Leben gerufen worden war.³³ Kurz vor der Neugründung der DKP kehrte Carlebach in die Bundesrepublik zurück. Für die Kommunistische Partei, deren Mitglied er war, kandidierte er erfolglos 1978 bei der hessischen Landtagswahl.

In den Folgejahren rückte sein Engagement in den Vertretungen der Überlebenden in den Vordergrund. Jahrzehntlang trat er als westdeutscher Vertreter des Internationalen Buchenwaldkomitees (IBK)/Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos (IKBD) auf, deren Erster Vizepräsident er bis kurz vor seinem Tod im Jahr 2001 gewesen ist. Parteipolitisch mag Carlebach gescheitert sein, dennoch wurde er zu einem zentralen Akteur erinnerungskultureller Bestrebungen sozialistisch und kommunistisch orientierter Opferverbände.

Esther Bejarano

Esther Bejarano wurde als Esther Loewy am 15. Dezember 1924 in Saarlouis geboren. Ihre Familie war jüdisch, traditionsbewusst, aber auch sozialdemokratisch. Bejarano war 15 Jahre alt, als ihre Eltern sie im Jahr 1939 in ein Vorbereitungslager der sozialistisch-zionistischen Ausreiseorganisation Hachschara (deutsch etwa: Vorbereitung) schickten.³⁴ Nach Stationen in verschiedenen Auswandererlagern, der Auflösung des Sammellagers

30 Urteil gegen Carlebach rechtskräftig, Frankfurter Neue Presse vom 23. Mai 1953, ISG FFM S2, 2722, unpag. Siehe dazu ausführlicher Sebastian Voigt: »Es war mir nicht möglich, zu schweigen über das Erlebte.« Über die Bedeutung des Kravčenko-Prozesses 1949 in Paris für die politische Entwicklung Margarete Buber-Neumanns, in: Ulrich Mählert u. a. (Hg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2015, Berlin 2015, S. 161–180, hier S. 172–174.

31 Thomas Klein: »Für die Einheit und Reinheit der Partei«. Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht (= Zeithistorische Studien, Bd. 20), Köln u. a. 2002, S. 157. Die Korrespondenz zwischen Laufer und Carlebach ist erhalten: SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/382.

32 Siehe verschiedene Artikel in der Zeitungsausschnittsammlung des ISG FFM S2, 2722, sowie Korrespondenz im BArch, BY/3278.

33 Auskunftsbereich Carlebach, Emil, ohne Verfasser, 18.2.1975, Stasi-Unterlagen-Archiv (im Folgenden: StUA) MfS, BV Erfurt, Abt. II, Nr. 1170, Bl. 251–255. Zum Freiheitssender siehe Christian Senne: Der Deutsche Freiheitssender 904. Die »Stimme der KPD« von 1956–1971, unveröff. Magisterarbeit, Berlin 2003; Jürgen Wilke: Radio im Geheimauftrag. Der Deutsche Freiheitssender 904 und der Deutsche Soldatensender 935 als Instrumente des Kalten Krieges, in: Klaus Arnold/Christoph Classen (Hg.): Zwischen Pop und Propaganda, Radio in der DDR, Berlin 2004, S. 249–266.

34 Das Landwerk Neuendorf war vor 1941, ebenso wie das Landwerk Ahrens Dorf eine Ausbildungsstätte der Hachschara und wurde von Organisationen der Jugend-Aliyah getragen. Siehe Helmut Fechner: Das jüdische landwirtschaftliche Umschulungslager Gut Neuendorf 1939–1943, Münster 1990.

Landwerk Neuendorf und der Zwangsarbeit in einem Fleurop-Blumengeschäft wurde sie am 20. April 1943 über das Sammellager Große Hamburger Straße in Berlin nach Auschwitz deportiert. Ihre Eltern waren bereits im November 1941 in einem Wald nahe Kowno (Kaunas) ermordet worden.

In Auschwitz-Birkenau wurde die klein gewachsene Bejarano in einem Arbeitskommando zum physisch zehrenden Tragen von Steinen eingesetzt. Die Aufnahme in das »Auschwitzer Mädchenorchester«, deren Mitglieder zum Arbeitseinsatz der anderen Häftlinge aufspielen mussten, erhöhte ihre Überlebenschancen erheblich.³⁵ Im September 1943 wurde sie wegen einer Änderung in den Nürnberger Rassegesetzen nach Ravensbrück gebracht, anschließend gelang ihr auf einem Todesmarsch mit sechs Freundinnen die Flucht.³⁶

Im August 1945 reiste Bejarano schließlich nach Palästina aus, wo sie 1950 ihren späteren Ehemann Nissim Bejarano kennenlernte. In den folgenden Jahren baute das Paar sich und den zwei Kindern ein Leben in dem jungen Staat Israel auf. Als Kommunistin und Holocaustüberlebende stieß Bejarano immer wieder auf Hindernisse im Alltag, etwa bei der Arbeit oder der Wohnungssuche. 1960 entschlossen sich die Bejaranos – auch um Nissim vor dem Militärdienst zu schützen – zur Emigration in die Bundesrepublik.³⁷ Mit der Übersiedlung erlosch das politische Engagement Esther Bejaranos zunächst.

Die VVN war Bejarano zwar bekannt, doch sah sie sich bis Ende der 1970er-Jahre nicht imstande, als Verfolgte aktiv zu werden. »Es hätte mich umgehauen«, bekundet sie in ihren Erinnerungen.³⁸ Nachdem sie allerdings mit einem Stand der rechtsextremen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) vor ihrer in Hamburg geführten Boutique konfrontiert wird, kommt es zu einer zweiten politischen Bewusstwerdung.³⁹ Seit den späten 1970er-Jahren nahm Bejarano ihr politisches Engagement wieder auf. Sie trat in die VVN ein und wurde innerhalb weniger Jahre zu einer prominenten Stimme des Verbands. Bejaranos Präsenz versinnbildlicht den Übergang der VVN(-BdA) von einem reinen Verfolgtenverband hin zu einer nachfolgende Generationen einschließenden Vereinigung. Auch sie selbst war bei ihrem Beitritt jünger als die meisten der anderen Überlebenden. 1986 gründete Bejarano das Auschwitz-Komitee in der BRD. 1990, in einer existenziellen Neufindung, entschied sie sich dazu, den Bundesprecher/innen/kreis der VVN-BdA anzuführen, und wurde dankbar gewählt. Im Jahr 2008 erhielt sie das Bundesverdienstkreuz und wurde im selben Jahr auch zur Ehrenvorsitzenden der VVN-BdA ernannt.

35 Auf die Frage, ob nach »Auschwitz« noch Musik gemacht werden dürfe, antwortet Bejarano: »Im Gegenteil, man muss Musik machen, und ich bin so froh, dass ich heute solche Musik machen kann, die uns hilft, zu erinnern und nachzudenken.« Bejarano/Romeo: Erinnerungen (Anm. 14), S. 137.

36 Ihre Kartei in der (damaligen) Datenbank des ITS gibt fälschlicherweise wieder, dass sie am 5. Mai 1945 in Rostock befreit wurde. Siehe Kartei Loewy, Esther, Arolsen Archives Nr. 97589519#1.

37 Bejarano/Romeo: Erinnerungen (Anm. 14), S. 112 f. u. 156.

38 Ebd., S. 145; siehe auch Bejarano: Man nannte mich Krümel (Anm. 14), S. 32.

39 L. Z.: »... wir leben trotzdem.« Veranstaltung des Auschwitz-Komitees zum Gedenken an die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz. Buchankündigung, in: antifaschistische Nachrichten 4 (2004), S. 17; Peter Gingold: Wie ich Esther verführt habe. Rohdruck (1994), keine Sig., Stadtarchiv St. Pauli e. V.

Für mediales Aufsehen sorgte ihre überraschende Kandidatur für die DKP bei der Bundestagswahl 2017, die sie nach Bekanntgabe der Partei jedoch selbst wieder zurückzog. Ihre kritische Haltung zur israelischen (Besatzungs-)Politik sorgte teils für verhaltene Diskussionen, teils für bejahende Zustimmung innerhalb des linken Spektrums. Das Alleinstellungsmerkmal Bejaranos lag in ihrem musikalischen Engagement seit den 1980er-Jahren. In ihren letzten Lebensjahren avancierte sie zu einer der bedeutendsten Akteurinnen in der Erinnerungskultur und blieb gleichwohl eine tragende, fast schon popkulturell angelegte Identifikationsfigur für die politische Linke in Deutschland. Auf diese Weise fand eine in dieser Form einmalige Etablierung ihrer Person als Zeitzeugin statt.

II. Die Entstehung und Entwicklung der VVN(-BdA) im Licht deutscher Demokratiegeschichte

Carlebachs und Bejaranos Biografien stehen beispielhaft für zwei Phasen der VVN(-BdA), die in der Demokratiegeschichte der Bundesrepublik zu differenzieren sind. Bis in die frühen 1970er-Jahre war die Vereinigung geprägt vom Selbstverständnis einer politischen Opfervereinigung. In der westdeutschen Demokratie hinterließ die Vereinigung ihre Spuren als Interessenverband, dessen Mitglieder darin eine Plattform für kommunistisches Handeln innerhalb der Demokratie fanden. Schwerpunkt war der Kampf gegen Wiederbewaffnung und Westbindung. Seit Mitte der 1970er-Jahre wurde die VVN-BdA auf die Betätigung als antifaschistische Massenorganisation in der Friedensbewegung ausgerichtet. Das verbindende Element beider Episoden war die Nutzbarmachung einer Opfer- und Widerstandsgeschichtsschreibung für die gesellschaftliche Gegenwart im Sinne des Diktums vom »Lernen aus der Geschichte«.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden in den alliierten Besatzungszonen erste Interessenvertretungen der Überlebenden von rassistischer, antisemitischer wie politischer Verfolgung ins Leben gerufen: in Berlin im Juni 1945 der »Hauptausschuß für die Opfer des Faschismus« (OdF). 1947 gründete sich die VVN für die US-amerikanische Zone. Nachdem in den Ländern bereits Vereinigungen ins Leben gerufen worden waren, fand im März 1947 die Erste Interzonale Länderkonferenz in Frankfurt am Main statt⁴⁰ – die Geburtsstunde der VVN als länderübergreifender Organisation. Die VVN wirkte in den von den West-Alliierten kontrollierten Gebieten ebenso wie in der Sowjetischen Besatzungszone als Massenorganisation der KZ- und Zuchthausüberlebenden. Unter den anfangs etwa 300.000 Mitgliedern dominierten Kommunistinnen und Kommunisten zwar, doch arbeiteten ebenso nicht parteipolitisch gebundene Jüdinnen und Juden, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sowie Christdemokratinnen und Christdemokraten aktiv mit. Mit dem beginnenden Kalten Krieg gerieten die Gruppen in Frontstellung zueinander. Der »überparteiliche Charakter der VVN« sei faktisch nicht

40 Carlebach gehörte zu den Mitbegründerinnen und Mitbegründern sowohl der VVN in der US-Zone als auch der länderübergreifenden VVN. Siehe Liste der Teilnehmer am Gründungskongress der VVN vom 15.–17. März 1947 in Frankfurt (Main), Philharmonie, undat., Archiv der VVN-BdA (im Folgenden: VVN-BdA) Di. 001/VII.1.01, unpag.

mehr gegeben, hieß es in einer Meldung des Sopade-Informationsdienstes von Juni 1948.⁴¹ Stattdessen sei die Organisation in das »Kielwasser der Kommunisten« geraten. Es wurden konkurrierende Verfolgtenverbände ins Leben gerufen: 1948 die Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS) und 1950 der CDU-nahe Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN).⁴² Während der 14. Tagung des Rates der VVN im April 1949 übte sich Carlebach in Kritik an der Schwächung der eigenen Organisation: »Wir haben uns unsere Aufgabe stillschweigend aus der Hand nehmen lassen, wir haben uns dazu bringen lassen, im eigenen Hause zu randalieren.« Die VVN sei eine »Gemeinschaft mit begrenztem, aber konkretem Ziel«. Dieses Ziel sollte die ihr mögliche kommunistische Einflussnahme auf die entstehende Demokratie sein. Bestimmte »Gedanken und Differenzen« sollten »in der VVN nicht diskutiert werden«. Wolfgang Müller (1901–1986), der als Oberst der Wehrmacht am gescheiterten Umsturzversuch des 20. Juli 1944 beteiligt gewesen war und nun die VVN Bayern vertrat, plädierte 1949 hingegen dafür, »dass die VVN klar herausstellen müsse, dass sie kein verlängerter Arm von Kommunisten sei«.⁴³ Nach dem Eklat um die auf der Befreiungskundgebung in Hamburg gehaltene Rede des prominenten Buchenwald-Überlebenden Walter Bartel (1904–1992) – der persönliche Referent Wilhelm Piecks hatte die SPD und den Hamburger Senat scharf angegriffen – nur wenige Wochen später sprach sich Müller für eine Abspaltung der Westverbände von der Ost-VVN aus. Die nicht kommunistischen Mitglieder wandten sich mehr und mehr gegen die politische Ausrichtung der VVN, waren jedoch in der Minderheit.⁴⁴ Carlebach und die kommunistische Mehrheit machten ihre Position deutlich: »Die Frage stehe nicht, Wiedergutmachung oder aktiver Kampf, sondern beides zugleich.«⁴⁵

Tatsächlich kam die Schärfe der Kontroversen insbesondere in den juristischen Auseinandersetzungen Carlebachs mit anderen NS-Verfolgten zum Ausdruck. Am 20. Dezember 1951 war er von einem Frankfurter Gericht zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden, nachdem er den ehemaligen hessischen Finanzminister Werner Hilpert verunglimpft hatte. Zuvor soll Hilpert während einer Veranstaltung der CDU im Mai

41 VVN im Kielwasser der Kommunisten, Sopade-Informationsdienst, Juni 1948, zit. n. Regina Hennig: Entschädigung und Interessenvertretung der NS-Verfolgten in Niedersachsen 1945–1949, Bielefeld 1991, S. 89.

42 Günter Beaugrand: Zeitzeuge am Redaktionstisch: Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und der Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN) im Spiegel ihrer Presseorgane, in: Historisch-Politische Mitteilungen 4 (1997), H. 1, S. 261–281; Gerd Kühling: Erinnerung an nationalsozialistische Verbrechen in Berlin. Verfolgte des Dritten Reiches und geschichtspolitisches Engagement im Kalten Krieg 1945–1979, Berlin 2016, passim; Kristina Meyer: Verfolgung, Verdrängung, Vermittlung: Die SPD und ihre NS-Verfolgten, in: Norbert Frei/José Brunner/Constantin Goshler (Hg.): Die Praxis der Wiedergutmachung: Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel (= Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 8), Göttingen 2009, S. 159–202.

43 Protokoll der Ratstagung am 2./3. April 1949 in Bad Salzhausen b/Frankfurt/M., 5.4.1949, VVN-BdA Di. 036/VII.3.1.9, unpag.

44 Jascha März: VVN, ZDWV und AvS. Die Verbände der politischen Opfer des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Neumann-Thein/Schuch/Wegewitz: Organisiertes Gedächtnis (Anm. 5), S. 39–77, hier S. 52.

45 Protokoll der Ratstagung am 2./3. April 1949 in Bad Salzhausen b/Frankfurt/M., 5.4.1949, VVN-BdA Di. 036/VII.3.1.9, unpag.

1950 gegen Carlebach gewertet haben. Dieser sei als Funktionshäftling im Konzentrationslager gewaltsam gegen andere Häftlinge vorgegangen. Während der Verhandlung warf Carlebachs Verteidiger Hilpert dagegen vor, dieser habe die Belastung der Steuerzahler zugunsten der US-amerikanischen Besatzung unnötig forciert.⁴⁶ Es ist zu vermuten, dass sich beide bereits aus der gemeinsamen Haft im Konzentrationslager Buchenwald kannten, wo der Katholik Hilpert dem »Volksfrontkomitee Buchenwald« angehört hatte. Nach 1945 war Hilpert Mitglied der CDU geworden, für die er als Abgeordneter im Hessischen Landtag und im Bundestag saß.⁴⁷

Die Spaltung innerhalb der VVN zeigte sich nicht zuletzt in der Haltung zum sowjetischen Modell und der DDR. Doch ausgerechnet dort war der VVN nur ein kurzes Leben beschieden. 1953 löste sich die überparteiliche Organisation der Verfolgten unter Zwang auf.⁴⁸ Auch in der Bundesrepublik wurde die VVN zur Adressatin staatlicher Repression, weil sie in Zeiten des grassierenden Antikommunismus als kommunistisch »unterwandert« galt. Einzelne Landesverbände wurden verboten. Bereits 1948 hatte die SPD einen Unvereinbarkeitsbeschluss gefasst, der eine gleichzeitige Mitgliedschaft in der Partei und der Verfolgtenvertretung unterbinden sollte.⁴⁹

Erst in den 1970er-Jahren bemühte sich die VVN(-BdA) erneut um demokratische Allianzen, um der politischen Isolation einer von DKP-Mitgliedern dominierten Vorfeldorganisation zu entkommen. Zumeist nur auf Einzelpersonen und einzelne Ereignisse beschränkte Verbindungen zur Sozialdemokratie wurden stets besonders herausgestellt. So sprach Carlebach auf dem Hannoveraner Bundeskongress 1973 mit Blick auf die SPD zwar wohlwollend, aber nicht ohne zu bemerken, »daß es im Unterschied zu früheren Jahren erfreulicherweise durchaus möglich ist, [...] Unterstützung auch von Parteistellen und Abgeordneten zu bekommen, die, wie wir wissen, bedauerlicherweise jahrzehntelang uns die kalte Schulter glauben zu müssen«.⁵⁰ Während des Bundeskongresses in Mannheim 1977 sprach er sich dafür aus, die VVN-Zeitung »als Informationsquelle stärker in den Bereich Gewerkschaften und Sozialdemokratie hinein[zu] tragen«.⁵¹ Offenbar bemühte sich Carlebach auch um eine Mitgliedschaft im Presse- dienst Demokratische Initiative (PDI) des österreichischen Buchenwald-Überlebenden

46 Vier Monate Gefängnis für Carlebach, in: Frankfurter Neue Presse vom 27. Dezember 1951, sowie 3.555 435 Flaschen Steinhäger auf Besatzungskosten, in: Sozialistische Volkszeitung vom 14. Dezember 1951, beide: ISG FFM S2, 2722, unpag.

47 Sabine Pappert: Werner Hilpert. Politiker in Hessen 1945–1952, Wiesbaden 2003.

48 Elke Reuter/Detlef Hansel: Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953. Die Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin 1997.

49 Jascha März: Zwischen Politik und Interessenvertretung. Die Verbände der politischen Opfer des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1947 bis 1990, unveröff. Diss., Universität zu Köln 2016, passim.

50 Antifaschismus heute – Kampf um Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche. Bericht über den Bundeskongreß 1973 der VVN – Bund der Antifaschisten – 31. Mai bis 2. Juni 1973 in Hannover, hg. vom Präsidium der Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes (VVN) – Bund der Antifaschisten, Frankfurt a. M. 1973, S. 133.

51 Antifaschistische Alternativen. Bundeskongreß 1977 der VVN – Bund der Antifaschisten Mannheim, Rosengarten, 20. bis 22. Mai 1977. Eine Dokumentation, hg. vom Präsidium der Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes (VVN) – Bund der Antifaschisten, Frankfurt a. M. 1977, S. 111.

Kurt Hirsch, den Carlebach aus der gemeinsamen Haft kannte.⁵² Der 1968 als »Demokratische Aktion« in München gegründete PDI, der sich sowohl gegen die extreme als auch gegen die demokratische Rechte engagierte, musste sich selbst des Vorwurfs der »kommunistischen Unterwanderung« erwehren und suchte die Nähe zu sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten.

1971 öffnete sich die VVN für junge Mitglieder und hieß fortan VVN – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA). Diese Neubenennung lässt sich auch als Wegmarke verstehen, die die VVN-BdA immer mehr parteiübergreifend werden ließ, sie also an ihre angedachten Wurzeln zurückführte – durchaus verbunden mit verbandsinternen Konflikten, die das sich verändernde Verhältnis von Demokratie und Kommunismus widerspiegeln. Anzumerken ist jedoch auch, dass im Zuge dessen auch viele junge DKP-Mitglieder in die VVN eintraten. Seit Mitte der 1970er-Jahre befand sich die VVN-BdA in einem Transformationsprozess, der auch jüngere jüdische Kommunistinnen und Kommunisten mehr und mehr in das Zentrum der Vereinigung rückte. Die Mehrzahl der Mitglieder vor 1971 trat zumeist nicht als jüdisch, sondern aufgrund ihrer Aktivität in der Arbeiterbewegung als Kommunisten oder Widerstandskämpfer in Erscheinung.⁵³ Ein orthodoxes Verständnis vom – zumeist durch den Stalinismus geprägten – Marxismus prägte die Opfergemeinschaft, deren größte Anstrengungen der Verjährungsdebatte galten.⁵⁴ Doch neben den ursprünglichen Themen des Gedenkens und der Mahnung mischte sich die VVN-BdA auch immer mehr in aktuelle Debatten ein. Nicht zuletzt deshalb, weil ihre Mitglieder oft in diese verwickelt bzw. von staatlichen Repressionen betroffen waren. Mitte der 1970er-Jahre beherrschten neben der Erinnerungsarbeit Themen wie die Nachrüstungsdebatte, gipfelnd im Nato-Doppelbeschluss,⁵⁵ sowie der »Radikalerlass«,⁵⁶ der viele Mitglieder betraf, die Arbeit der Vereinigung.⁵⁷

52 Peter B. Heim: Zwischen den Stühlen – aufrecht – Kurt Hirsch. Jude, Trotzist, Publizist. Eine Spurensuche, München 2021, S. 229; Yves Müller: Der Anti-Nazi. Kurt Hirsch, die »Demokratische Aktion«/»Pressediens Demokratische Initiative« und ihr Kampf gegen die extreme Rechte, 1968–1983, in: Archiv für Sozialgeschichte 63 (2023), S. 337–362, hier S. 349. Noch 1954 hatte Carlebach in seinem »Bericht über das KL Buchenwald« kein gutes Haar an Hirsch gelassen, den er darin als »Trotzkisten [...], der sich in Buchenwald in die österreichische Parteiorganisation einzuschleichen verstand«, brandmarkte. Emil Carlebach: Bericht über das KL Buchenwald (1954), abgedruckt in: Niethammer: Der »gesäuberte« Antifaschismus (Anm. 18), S. 466–471, hier S. 467.

53 Anfänglich war der Anteil der jüdischen Mitglieder um ein Vielfaches höher und betrug in Berlin bis 1949 etwa die Hälfte der Gesamtmitgliederzahl. Die Einflussnahme kommunistischer Mitglieder war jedoch für viele der jüdischen Mitglieder unvereinbar mit ihrem Selbstverständnis als jüdische Person. In der Folge kam es bis in die 1950er-Jahre zu zahlreichen Austritten jüdischer Mitglieder. Siehe dazu auch Juliane Reil: Erinnern und Gedenken im Umgang mit dem Holocaust. Entwurf einer historischen Gedächtnistheorie, Bielefeld 2018, S. 131–146.

54 Marc von Miquel: Ahnden oder amnestieren? Westdeutsche Justiz und Vergangenheitspolitik in den sechziger Jahren, Göttingen 2004.

55 Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker: Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Einleitende Überlegungen zum historischen Ort des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, in: dies. (Hg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 7–34.

56 Insbesondere zur Situation in Hamburg siehe Alexandra Jaeger: Auf der Suche nach »Verfassungsfeinden«. Der Radikalenbeschluss in Hamburg 1971–1987, Göttingen 2019.

57 Albin Stobwasser: Die den roten Winkel trugen. Zur Geschichte der VVN-Bund der Antifaschisten Hamburg, Hamburg 1983, S. 112–118.

Politisiert durch die Spätwirkungen der »68er«, durch die wachsende Friedensbewegung und den »Geschichtsboom«⁵⁸ der 1970er- und 1980er-Jahre gestalteten jüngere Mitglieder die Geschicke des Verbandes maßgeblich mit. Dabei nutzten sie auch Taktiken politischer Einflussnahme, die nicht zuletzt mit dem Erstarken der Neuen Sozialen Bewegungen erklärbar sind. Die mit der Geschichtswerkstätten-Bewegung,⁵⁹ in der etliche Mitglieder der VVN-BdA aktiv waren, einsetzende »Erinnerungsarbeit« (Wolfgang Ruppert) ermöglichte die historische Aufklärung für die Gegenwart. Wo zuvor Angehörige des Verbandes der Überlebenden »Amicale Internationale KZ Neuengamme« mit Gedenkveranstaltungen für einen dauerhaften Erinnerungsort kämpften, wurden nun neue Aktionsformen erprobt. Am 28. Januar 1984 folgten Hunderte Menschen einem Aufruf der »Initiative Dokumentationsstätte Neuengamme«, der die Hamburger VVN-BdA angehörte, und demonstrierten auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme, um den Erhalt der Bausubstanz zu sichern. Bei der Protestveranstaltung sprach der kommunistische Widerstandskämpfer und Vorsitzende der VVN-BdA Herbert Baade (1912–1998).⁶⁰

Der Generationenwechsel in der VVN-BdA ging jedoch nur schrittweise voran. Der katholische Priester und ehemalige Widerstandskämpfer Joseph Cornelius Rossaint (1902–1991), der sich über viele Jahre in der Friedensbewegung und gegen die militärische Aufrüstung engagierte, saß seit 1961 im VVN(-BdA)-Präsidium. Seit 1979 hatte auch Herbert Baade einen Präsidiumssitz inne. Sein politischer Lebenslauf ähnelte dem vieler anderer VVN(-BdA)-Funktionärinnen und -Funktionäre: Der gelernte Friseurmeister Baade war Mitglied der KPD gewesen und bereits im März 1933 von der Gestapo in Hamburg verhaftet worden. Viele der langjährigen VVN(-BdA)-Funktionärinnen und -Funktionäre wie Rossaint, Baade oder auch Carlebach waren bereits 1946/47 am Gründungsprozess der VVN beteiligt gewesen. Bejarano hingegen verfügte über eine (doppelte) diasporische Erfahrung. Sie hatte jahrzehntelang geschwiegen und fand erst spät eine Stimme als jüdische Überlebende.

Eine weitere Zäsur sowohl in der Geschichte der VVN-BdA als auch in der Biografie Bejaranos bildeten die Ereignisse in den Jahren 1989/90: Im Zuge der durch die Friedliche Revolution und den politischen Umbruch in der DDR verursachten Krise der im November 1989 noch 15.000 Mitglieder zählenden Vereinigung geriet das bis dahin

58 Der »History Boom« der 1980er-Jahre ging einher mit einem »Memory Boom«. Vielmehr noch: Beide verliefen nicht nur parallel, sondern waren verschränkt. In dieser Phase suchte eine heterogene »Alltagsgeschichte« der »kleinen Leute« nach lebensweltlichen Antworten auf die globalen Fragen der Zeit. Unter dem Schlagwort »Geschichte von unten« wurden die hegemonialen Erzählungen von Modernisierung und Demokratisierung hinterfragt. Dabei gerieten Staatlichkeit und »Fortschritt« bei den als »Barfußhistoriker« (Hans-Ulrich Wehler) Gescholtenen ins Hintertreffen. Siehe Franka Maubach: Normalisierung und Kritik. Zum »Geschichtsboom« seit den 1980er Jahren, in: Tim Schanetzky u. a. (Hg.): Demokratisierung der Deutschen. Errungenschaften und Anfechtungen eines Projekts, Göttingen 2020, S. 238–251.

59 Etta Grotrian-Steinweg: Barfuß oder Lackschuh? Geschichtswerkstätten und »neue Geschichtsbewegung« in den 1980er Jahren, Berlin 2023.

60 Jenny Wüstenberg: Zivilgesellschaft und Erinnerungspolitik in Deutschland seit 1945, Berlin 2020, S. 95 f.

propagierte Bündniskonzept ins Wanken. Die Schwierigkeiten wuchsen insbesondere seit dem Bekanntwerden der jahrzehntelangen Fremdfinanzierung durch die DKP, die wiederum durch die SED finanziert worden war, und dem nun folgenden Ausbleiben der Zahlungen.⁶¹ Die Betonung des Antifaschismus als verbindendes Element der politischen Einflussnahme von links in der westdeutschen Demokratie hatte scheinbar ausgedient. In dieser für die Organisation existenziellen Lage wurde Bejarano zu einer Symbolfigur des Neuanfangs.

In der VVN-BdA zeigte sich darüber hinaus nicht nur eine Diversifizierung der Opfergruppen, sondern auch eine Ausweitung der organisationalen Teilhabe und die Verweiblichung der Sprechpositionen. Diese Faktoren wiederum trafen auf ein gestiegenes gesellschaftliches Interesse an jüdischen Verfolgungsgeschichten, die allzu oft auf eine Viktimisierung von Jüdinnen und Juden rekurrierten. In den kommenden Jahren sollte sich dies als kontinuierliches Merkmal der Erinnerungskultur in Bezug auf den Nationalsozialismus erweisen.⁶²

III. Tiefenbohrungen

Jüdische Identität, Antisemitismus und der Staat Israel

In den autobiografischen Aussagen von Carlebach und Bejarano spielte die jüdische familiäre Herkunft und Selbst-Identifikation als jüdisch zunächst eine untergeordnete Rolle. Die antisemitische Verfolgung und das Verhältnis zum Staat Israel wurden aber von beiden thematisiert. Dabei zeigen sich – ganz im Gegensatz zu anderen Themen – nicht nur Wandlungsprozesse, sondern deutliche Ambivalenzen und Zwischentöne. Auch können Unterschiede zwischen Carlebach und Bejarano ausgemacht werden.

Spiegelte das Jüdischsein von verfolgten Kommunistinnen und Kommunisten anfangs nach außen hin eine scheinbar subordinierte Rolle, wandelte sich dies im Rahmen der Entstehung einer »negativen Erinnerung« (Reinhart Koselleck) und einer Fokussierung auf die Gruppe jüdischer Verfolgter und Ermordeter. Sowohl die frühe zivilgesellschaftliche als auch die später staatlich adoptierte und umgemünzte Erinnerungskultur waren und sind in ihrem Bedürfnis nach Authentizität auf die Stimmen von – vor allem jüdischen – Zeitzeuginnen und Zeitzeugen angewiesen.

Auch jüdische Kommunistinnen und Kommunisten wie Carlebach und Bejarano erfüllten die ihnen zugeteilte Funktion der Zeitzeugenschaft und nutzten diese wiederum als Kommunikationsmöglichkeit für ihre partielle politische Agenda: nicht als revolutionär auftretende Funktionäre, sondern als Mahner der Geschichte, die ihre Forderungen in gemäßigttem Ton, aber mit Verve vortrugen. So zeigen sich hier Partizipationsformen in der liberalen Demokratie ebenso wie Grenzen der Wirkungsmacht des Kommunismus

61 März: Zwischen Politik und Interessenvertretung (Anm. 48), S. 339–348. Siehe auch Deutsche Kommunisten stoßen VVN in die Pleite, in: die tageszeitung – taz vom 7. Dezember 1989, S. 5.

62 Zur Kritik der Opfer-Identifikation siehe Y. Michal Bodemann: Gedächtnistheater. Die jüdische Gemeinschaft und ihre deutsche Erfindung, Hamburg 1996, S. 40–57; Max Czollek: Gegenwartsbewältigung, Berlin 2023, S. 22–25.

in Westeuropa, aber nicht zuletzt auch Rahmenbedingungen der Teilhabe von Jüdinnen und Juden in Westdeutschland. Während jüdische Kommunistinnen und Kommunisten in der DDR – trotz antisemitischer Kampagnen und einer antizionistischen Außenpolitik – in teils herausragende Positionen in Politik, Verwaltung, Bildungswesen und Kultur aufrücken konnten, war dies ihren Genossinnen und Genossen in Westdeutschland nicht möglich, weil sie Kommunistinnen und Kommunisten *und* jüdisch waren. Tatsächlich hatte der auf die deutsche Nachkriegsgesellschaft integrativ wirkende Antikommunismus der Adenauer-Ära den Antisemitismus des »Dritten Reiches« keineswegs abgelöst – beide Ismen waren immanent miteinander verwoben –, doch die Vorzeichen hatten sich geändert und Wissensbestände beispielsweise eines »jüdischen Bolschewismus« ließen sich nach 1945 umso leichter der neuen Situation des Kalten Krieges unter dem Diktum der »asiatischen Gefahr« anpassen. So brandmarkte der Integrationsdiskurs des Antikommunismus nicht nur kommunistische Betätigungen, sondern auch sonstige linke Aktivitäten als totalitär und aus der »Zone« gelenkt.⁶³ Kommunistische Versuche, mittels parteiübergreifender Organisationen und Bündnisse am demokratischen Diskurs teilzunehmen, brachten regelmäßig den angesichts massiver Förderungen durch die SED nicht immer unangebrachten Vorwurf der »kommunistischen Unterwanderung« ein. Zudem zeigte sich immer wieder das ambivalente Verhältnis von Judentum und (deutscher) Arbeiterbewegung – oft als »jüdische Frage« behandelt – nicht nur vor 1918 oder vor 1933,⁶⁴ sondern eben auch nach 1945 und insbesondere bei der Entstehung der Neuen Linken.⁶⁵

63 Zum Antikommunismus in der frühen Bundesrepublik siehe Andrew H. Beattie: »Sowjetische KZs auf deutschem Boden«. Die sowjetischen Speziallager und der bundesdeutsche Antikommunismus, in: Hermann Weber u. a. (Hg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2011, Berlin 2011, S. 119–137; Bernd Faulenbach: »Antikommunismus« als Problem der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Skizze über einen ungeklärten Begriff, in: Hermann Weber u. a. (Hg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2008, Berlin 2008, S. 231–238; Peter Jahn: Russlandbild und Antikommunismus in der bundesdeutschen Gesellschaft der Nachkriegszeit, in: Babette Quinkert (Hg.): »Wir sind die Herren dieses Landes«. Ursachen, Verlauf und Folgen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, Hamburg 2002, S. 223–235; Axel Schildt: Antikommunismus von Hitler zu Adenauer, in: Norbert Frei/Dominik Rigoll (Hg.): Der Antikommunismus in seiner Epoche. Weltanschauung und Politik in Deutschland, Europa und den USA, Göttingen 2017, S. 186–203.

64 Siehe in all ihrer Vielseitigkeit Markus Börner/Anja Jungfer/Jakob Stürmann (Hg.): Judentum und Arbeiterbewegung. Das Ringen um Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Berlin/Boston 2019; Christian Dietrich: Im Schatten August Bebel. Sozialdemokratische Antisemitismusabwehr als Republikschutz 1918–1932, Göttingen 2021; Walter Grab (Hg.): Juden und jüdische Aspekte in der deutschen Arbeiterbewegung. 1848–1918. Internationales Symposium des Instituts für deutsche Geschichte, Tel Aviv 1976; Ludger Heid/Arnold Pauker (Hg.): Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933. Soziale Utopien und religiös-kulturelle Tradition, Tübingen 1992; Mario Keßler: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, 2. Aufl. Mainz 1994; ders. (Hg.): Antisemitismus und Arbeiterbewegung. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn 1993; Enzo Traverso: Die Marxisten und die jüdische Frage. Geschichte einer Debatte (1843–1943), Mainz 1995.

65 Für die Bundesrepublik konzentriert sich die Debatte auf den Antizionismus und Antisemitismus (in) der Neuen Linken nach »1968«, während Untersuchungen zu jüdischen Kommunistinnen und

Auf der 14. Tagung des Rates der VVN am 2. und 3. April 1949 thematisierte Carlebach während einer umfassenden Diskussion um die deutsche Teilung im schwelenden Kalten Krieg den Skandal um den britischen Spielfilm »Oliver Twist« (GB 1948, 112 Min.), der aufgrund seiner Darstellung antisemitischer Stereotype scharf angegriffen wurde. Bei der Kinopremiere im britischen Sektor in Berlin war es zu Ausschreitungen zwischen jüdischen Displaced Persons und der Polizei gekommen. In Israel, den USA und auch der DDR durfte der Film nicht gezeigt werden.⁶⁶ Carlebach brachte die Auszeichnung des Films mit dem »englischen Staatspreis aus der Hand des Königs« nun in Verbindung mit der »englische[n] Politik gegen den jungen Staat Israel«.⁶⁷ Eine jüdische Selbst-Verortung kommt bei Carlebach hier wie andernorts nicht zum Tragen. Die Positionierung als Kommunist und Widerstandskämpfer genoss stets Vorrang. Trotzdem zeigt sich auch anhand der jüdisch-kommunistischen Überlebenden-Netzwerke, dass Carlebach keineswegs allein war. Der Ort, von dem aus er agierte, mag dabei nicht unbedeutend gewesen sein. Carlebachs Verwurzelung in der »jüdischen« Stadt Frankfurt am Main hatte ganz offensichtlich einen starken Einfluss auf sein politisches Handeln. Für jüdische Linke wurde Frankfurt übergenerationell zu einem Ort des Austauschs, wie Dan Diner – zusammen mit Micha Brumlik, Daniel Cohn-Bendit und Cilly Kugelman selbst ein Vertreter junger jüdischer Intellektueller in den 1970er-Jahren – ausführt, der diese Ausgangslage als »eine Art von kulturellem Humus« bezeichnet hat.⁶⁸ In diesem Zusammenhang nennt Diner neben Jakob Moneta eben auch Carlebach als Vertreter der traditionellen Arbeiterbewegung.

Anders verhält es sich bei Bejarano, deren Metamorphose von der jungen Zionistin zur scharfen Kritikerin der israelischen Besatzungspolitik in der Erinnerung an ihre Verdienste um die Erinnerungskultur in Deutschland ausgeblendet wurde. Ihr politisches Bewusstsein als Kommunistin bildete sich nach ihrem Eintritt in die VVN-BdA erst langsam heraus, gleichzeitig konnte sie an ihre Politisierung in den Hachscharah-Lagern anknüpfen. Streitbar war insbesondere ihre kritische Haltung zur israelischen Besatzungspolitik, die sich zuallererst aus dem eigenen biografischen Erleben der Vertreibung

Kommunisten ebenso wie zum Verhältnis der VVN bzw. der KPD zur »jüdischen Frage« rar sind. Siehe für die DDR vor allem Arbeitskreis der Naturfreundejugend Berlin: Stalin hat uns das Herz gebrochen. Antisemitismus in der DDR und die Verfolgung jüdischer Kommunist*innen, Münster 2017; Karin Hartewig: Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR, Köln 2000; Thomas Haury: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002; Jeffrey Herf: Unerklärte Kriege gegen Israel: Die DDR und die westdeutsche radikale Linke, 1967–1989, Göttingen 2019; Detlef Joseph: Die DDR und die Juden. Eine kritische Untersuchung, Berlin 2010; Keßler: Antisemitismus und Arbeiterbewegung (Anm. 63); Angelika Timm: Hammer, Sichel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997.

66 Tirza Seene: Der Kinoprotest gegen Oliver Twist, in: Johannes Praetorius-Rhein/Lea Wohl von Haselberg (Hg.): Einblendungen. Elemente einer jüdischen Filmgeschichte der Bundesrepublik, Berlin 2022, S. 165–167.

67 Protokoll der Ratstagung am 2./3. April 1949 in Bad Salzhausen b/Frankfurt/M., 5.4.1949, VVN-BdA Di. 036/VII.3.1.9, unpag.

68 Zit. n. Tobias Freimüller: Frankfurt und die Juden. Neuanfänge und Fremdheitserfahrungen 1945–1990, Göttingen 2020, S. 335.

nichtjüdischer Araberinnen und Araber und den militärischen Einsätzen gegen die umliegenden Staaten speiste – essenzielle Stationen Bejaranos politischer Bewusstseinswerdung. Doch erst nach 1978 flossen diese Episoden in ihr Narrativ der »israelischen Angriffskriege« ein und unterstützten die propalästinensischen Positionen gegen die Siedlungsbewegung.⁶⁹ Auch wurde ihr erst in der Retrospektive bewusst, wie mit ihren Erfahrungen von Gewalt, mit ihr als Überlebende umgegangen wurde. Später scheiterten eine geplante Tour und der Verkauf ihres Albums *Vögel träumen auf den Zweigen* in Israel, was ihren gewonnenen Eindruck verstärkte.⁷⁰

Erst durch ihre Politisierung in der VVN-BdA konnte Bejarano diese Erfahrungen sinnvoll in die Kritik am Vorgehen des israelischen Staats einfließen lassen. Propalästinensische Positionen waren in der VVN-BdA spätestens seit Mitte der 1980er-Jahre die Regel, ergab sich doch aus der marxistischen Lehre der Anspruch, antiimperialistisch zu sein und »an der Seite aller unterdrückten Völker zu stehen«.⁷¹ 1988 bereitete Bejarano den »Appell an das demokratische Israel« mit vor und betonte dabei: »Aus eigenem Erleben kennen wir den unmenschlichen Terror des Naziregimes in Deutschland. [...] Noch immer in der Geschichte hat es dem eigenen Volk geschadet, wenn die Regierung fremde Gebiete okkupierte.« Im Kontext ihrer eigenen Lebensgeschichte verwies sie auf die Fremdherrschaft des nationalsozialistischen Deutschland.⁷²

Antimilitarismus und Friedensbewegungen

Anders verhält es sich mit der politischen Thematisierung des Antimilitarismus und dem Engagement Carlebachs und Bejaranos für die Friedensbewegung(en). Über die Jahrzehnte beteiligte sich die VVN(-BdA) an den verschiedenen Kampagnen gegen Wiederbewaffnung, Westintegration und atomare Aufrüstung: ab 1949/50 in der Ohne-mich-Bewegung,⁷³ 1957/58 in der breit getragenen »Kampf dem Atomtod!«-Kampagne,⁷⁴ in

69 Die Mehrzahl der jüdischen Siedlerinnen und Siedler, die sich einem radikalen und aggressiven Zionismus verschrieben, ließen sich erst in den 1970er-Jahren in Israel nieder, also nach Bejaranos Remigration. Zur Geschichte der Siedlungsbewegung siehe Oded Haklai: *The Decisive Path of State Indecisiveness. Israeli Settlers in the West Bank in Comparative Perspective*, in: ders./Neophytos Loizides (Hg.): *Settlers in Contested Lands. Territorial Disputes and Ethnic Conflicts*, Stanford 2015, S. 17–40.

70 Bejarano/Romeo: *Erinnerungen* (Anm. 14), S. 166 f. Als Grund gab Bejarano an, dass ein Lied auf dem Album über Birobidschan, Hauptstadt einer ehemals autonomen jüdischen Region im Osten Russlands, die Emigration jüdischer Menschen in die Sowjetunion beworben habe und damit eine Konkurrenz zur Aliyah nach Israel darstelle.

71 Esther Bejarano, Rede am 9. April 1988 in Neuengamme, Archiv der Landesvereinigung der Hamburger VVN-BdA, Ordner »Reden alphabetisch«, unpag.

72 Kurt Erlebach u. a., Appell an das demokratische Israel, VVN-BdA KE III Mai 87–1989, unpag.

73 Michael Werner: *Die Ohne-Mich-Bewegung. Die bundesdeutsche Friedensbewegung im deutsch-deutschen Kalten Krieg (1949–1955)*, Münster 2006.

74 Siehe allgemein u. a. »Kampf dem Atomtod!«. Die Protestbewegung 1957/58 in zeithistorischer und gegenwärtiger Perspektive, hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik und dem Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung der Universität Hamburg, Hamburg 2009; Hans Karl Rupp: *Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer: Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren. Eine Studie zur innenpolitischen Entwicklung der BRD*, Köln 1970.

den 1960er-Jahren in der Ostermarschbewegung⁷⁵ und in den 1980er-Jahren gegen den NATO-Doppelbeschluss und die Stationierung US-amerikanischer Pershing-II-Raketen in Mutlangen.⁷⁶ Verschiedene kommunistische oder kommunistisch beeinflusste Organisationen beteiligten sich an den Kampagnen, was schon Zeitgenossinnen und Zeitgenossen nach einer »kommunistischen Unterwanderung« fragen ließ und seitdem immer wieder die »Lenkungs-These« nährt.⁷⁷

Als antifaschistische »Gallionsfiguren« traten Carlebach und Bejarano immer wieder in Erscheinung: So unterstützte Carlebach die Kampagne für den Bundeswehrsoldaten Otto Wagner, der aufgrund seiner kommunistischen Haltung zunächst von seinem Divisionskommandeur Oberstleutnant Wirth disziplinarisch mit Arreststrafen belegt wurde und schließlich vom Militärischen Abschirmdienst (MAD) verhört werden sollte. Am 23. November 1971 wurde daher ein »Wirth-Tribunal« in der Marburger Stadthalle abgehalten, bei dem neben Wolfgang Abendroth und anderen auch Carlebach sprach.⁷⁸

Als sich nach dem NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979 die Neue Friedensbewegung etablierte, trat Carlebach immer wieder als KZ-Überlebender in Erscheinung: Aus Anlass des 35. Jahrestages der Befreiung wurde eine »Antifaschistische Initiative« ins Leben gerufen, die eine Großdemonstration und anschließende Konferenz in Mannheim plante. Dem Vorbereitungskreis gehörte auch der langjährige Präsident der VVN-BdA Hans Jennes an. Während einer Kundgebung am 10. Mai 1980 forderte Carlebach im Rosengarten: »Kein Zurück in die Schützengräben des Kalten Krieges!« Antifaschistinnen und Antifaschisten mussten sich »[a]us Liebe zu Deutschland« zusammenschließen.⁷⁹

Bejarano betätigte sich in den ersten Jahren ihres Wirkens in der VVN-BdA vor allem friedenspolitisch und schuf damit die Grundlage für ihre spätere Zeitzeugenschaft. Denn nicht nur im linken Spektrum fand das Werben um den Frieden mit dem Hinweis auf die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs Anklang. Im Gegensatz zum bisher breit akzeptierten Narrativ des Kalten Kriegs kritisierten seit Mitte der 1970er-Jahre politische Gruppen verschiedenster Couleur das Ringen um die atomare Vorherrschaft. Auch die CDU forderte nach einiger Zeit die langsame Abrüstung der Waffen. »Alle Seiten«, so Frank Bösch, »versuchten, den Begriff Frieden zu besetzen.«⁸⁰ Bejarano wusste um diese potenziell breite Unterstützung und nahm in ihrer Rolle als Zeitzeugin an diesem demokratischen Diskurs teil. Die Ablehnung von Krieg bedeutete ein Suchen in der Geschichte

75 Karl A. Otto: Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960–1970, Frankfurt a. M./New York 1977.

76 Richard Rohrmoser: »Sicherheitspolitik von unten«, Ziviler Ungehorsam gegen Nuklearrüstung in Mutlangen, 1983–1987 (= Frieden und Krieg. Beiträge zur Historischen Friedens- und Konfliktforschung, Bd. 26), Frankfurt a. M. 2021, S. 179 f.

77 Zur Forschungsdebatte siehe Holger Nehring/Benjamin Ziemann: Führen alle Wege nach Moskau? Der NATO-Doppelbeschluss und die Friedensbewegung – eine Kritik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 59 (2011), H. 1, S. 81–100, hier S. 85.

78 Zwischen Arrestlokal und Verfassung. Antimilitaristische Opposition in der Bundeswehr – am Beispiel Otto Wagner (= Texte zur Demokratisierung, H. 5), Frankfurt a. M. 1972.

79 Auszug aus der Rede Carlebachs, in: Antifaschistische Initiative, Nr. XXI/20, 14.5.1980, S. 4, VVN-BdA Di. 020/VII.1.20, Bl. 6.

80 Frank Bösch: Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann, München 2019, S. 258 f.

nach bereits Dagewesenem, nach Vergleichen. Die Gewalt vergangener Kriege sollte auf die potenziell noch viel zerstörerischere Kraft zukünftiger Kämpfe hinweisen – die Geschichte wurde zur Lehrmeisterin bestimmt. Bejarano sah sich in diesen Jahren als Friedensaktivistin, als »Künstlerin für den Frieden«, die aufgrund ihrer Lebensgeschichte um Rat gefragt wurde. Sie geriet damit zunehmend in die Rolle einer authentisch wirkenden Repräsentantin von Vergangenheitsbewältigung und Protest, die sowohl medial-publizistisch wirkte als auch retrospektiv ikonisch verstanden werden konnte.

Beide, Bejarano und zuvor schon Carlebach, verdankten ihre Autorität der Verbindung zwischen der Ablehnung der Aufrüstungspolitik und dem Erfahrungswissen der eigenen Verfolgung. Dabei knüpften sie bewusst an deutsche Erinnerungen an die Folgen des Zweiten Weltkrieges durch Massensterben und Zerstörungen an. Mithin griffen sie die im deutschen Gedenkdiskurs eingeübte Selbstviktimisierung auf, um auf zukünftige Bedrohungen aufmerksam zu machen.

IV. Erinnerungskultur als demokratisches Projekt

Geschichte dient stets auch als Mittel und Ressource, um individuelle und kollektive Identitäten herzustellen.⁸¹ Spätestens seit Anfang der 1980er-Jahre ist das Gedenken an die Shoah Teil des demokratischen Selbstverständnisses und ausschlaggebend für die Richtlinien der Politik in Deutschland, gerade auf internationaler Bühne. Erinnerungskulturen können als ordnende Systeme verstanden werden, die Gegenwart und Zukunft moralisch, soziokulturell und politisch organisieren. So sind Gedenkstätten im Selbstverständnis demokratischer Nationen immer auch Orte der Völkerverständigung und der Menschenrechtsbildung. Im Diskurs etwa des vielgenutzten Ausspruches »Nie wieder« kommt der Erinnerungskultur eine Funktion als Indikator für Annäherungen an undemokratische Machtverhältnisse zu. Ob und wie sie diese wirklich nutzt, muss an anderer Stelle diskutiert werden, doch ist es dem Aufbau der Erinnerungskultur zu verdanken, dass zahlreiche Projekte zur zivilgesellschaftlichen Demokratisierung beigetragen haben.⁸² Die Frage danach, was als »demokratisch« zu verstehen ist, wird selbst zu einem Teil von geschichtspolitischen Aushandlungsprozessen.

Den Grundstein der Erinnerungskultur legten die Überlebenden der nationalsozialistischen Verbrechen. Für sie war das Engagement unmittelbar nach Kriegsende keine ephemere Angelegenheit, sondern zeitigte ganz reale, materielle Auswirkungen in der Rehabilitierungspraxis deutscher Behörden und der Integration von zehntausenden »kleinen« und nicht ganz so kleinen Nazis – freilich ohne die »ideologischen Restgruppen des Nationalsozialismus« (*lunatic fringe*), die im »anti-nationalsozialistischen Gründungskonsens der Nachkriegsdemokratie« keinen Platz mehr haben sollten.⁸³ Gerade die

81 Dazu immer noch: Benedict Anderson: *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London 1983. Siehe außerdem Wüstenberg: *Zivilgesellschaft* (Anm. 59).

82 Ebd., S. 194–202.

83 Frei: *Vergangenheitspolitik* (Anm. 7), S. 14. Die »nationalistische Avantgarde«, wie sie Dominik Rigoll zeichnet, sanierte sich dabei nicht nur auf Kosten der »Nazis«, sondern richtete sich ebenso

jungen Generationen, die Nachgeborenen, wollten die Nazigegner für das demokratische Projekt gewinnen.

Jahrzehnte später fokussierte sich auch Esther Bejarano in ihrem Bestreben nach demokratischer Beteiligung vornehmlich auf junge Menschen. In ihnen sah sie – anschlussfähig für viele Konzepte der Gedenkstättenarbeit – den Schlüssel zur Einrichtung der politischen Gegenwart: »Ihr tragt keine Schuld für das, was passiert ist, aber ihr macht euch schuldig, wenn es euch nicht interessiert.«⁸⁴ Diese Äußerung findet sich in fast jeder Rede Bejaranos seit Mitte der 1980er-Jahre. Aktivistinnen und Aktivisten wie Bejarano und Carlebach reagierten damit ebenso auf das Erstarken des Neonazismus und das Aufkommen der Holocaustleugnung. So ist die mit der Öffnung des Verfolgtenverbandes einhergehende Verstärkung von »antifaschistischen« Bildungsangeboten seit Ende der 1970er-Jahre zwar kontingent, aber folgerichtig.⁸⁵

Versteht man Demokratiegeschichte als Problemgeschichte politischer Legitimität, spielen jüdische Kommunistinnen und Kommunisten darin eine zweigeteilte Rolle: Einerseits war – und ist posthum – die Erinnerungskultur auf Stimmen wie die Carlebachs und Bejaranos angewiesen. Im Prozess der Rückbesinnung auf die nationale Geschichte unter der konservativen Kohl-Regierung⁸⁶ – ein letzter Schritt der »Aufarbeitung der Vergangenheit« und hin zur »Vergangenheitsbewahrung«⁸⁷ – wurde vor allem Bejarano, ebenso wie andere jüdische Überlebende, zu einem beliebten Gast in Schulklassen, bei offiziellen Gedenkfeiern und sogar in Talkshows. Sowohl in der Friedensbewegung mit ihren gewerkschaftlichen, sozialdemokratischen und kirchlichen Akteuren als auch in der späteren zivilgesellschaftlichen Gedenkstättenbewegung kam kommunistisch-jüdische Zeitzeugenschaft immer wieder zum Tragen.⁸⁸ Doch auch der vereinigungsinterne und öffentlichkeitsdiskursive Wandlungsprozess vom kommunistischen Akteur, wie ihn Carlebach repräsentierte, zur jüdischen Zeitzeugin Bejarano konnte das kommunikative Missverhältnis zwischen dem anerkannten Status als Opfer nationalsozialistischer Verfolgung und dem eigenen kommunistischen Selbstverständnis nicht auflösen.⁸⁹ So bedeutete diese Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der

gegen die bald schon marginalisierten Nazigegner, also die Verfolgten und die Remigrantinnen und Remigranten, sowie die »45er«. Siehe Dominik Rigoll: *Public History* von links nach rechts. Zur De:Nationalisierung des Zeithistorischen in Besatzungszeit und Bundesrepublik, in: Frank Bösch u. a. (Hg.): *Public Historians. Zeithistorische Interventionen nach 1945*, Göttingen 2021, S. 88–105, hier S. 93.

84 Bejarano/Romeo: *Erinnerungen* (Anm. 14), S. 153.

85 Ulrike Löffler: »Antifaschistische Erziehung« im Westen. Pädagogische Antworten auf die Konjunktur des Rechtsextremismus in den späten 1970er-Jahren, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 63 (2023), S. 255–285.

86 Wüstenberg: *Zivilgesellschaft* (Anm. 59), S. 108–111.

87 Norbert Frei: *1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen*, erw. Taschenbuchausg., München 2009, S. 50–52.

88 Siehe dazu auch den Aufsatz von Corinna Bittner in diesem Band.

89 Zur Verteilung von Wissensproduktion und politischer Einflussnahme siehe auch Sybille Schmidt: *Wissensquelle oder ethisch-politische Figur? Zur Synthese zweier Forschungsdiskurse über Zeugenschaft*, in: Sybille Krämer/Sybille Schmidt/Ramon Voges (Hg.): *Politik der Zeugenschaft. Zur Kritik einer Wissenspraxis*, Bielefeld 2011, S. 47–66.

Gewinn von *agency* für Carlebach und Bejarano immer auch ein bejahendes Anerkennen der gesellschaftlichen Verhältnisse und ein Zurückstellen der eigenen politischen Haltung. Die damit einhergehende Entpolitisierung und Viktimisierung von kommunistisch-jüdischen Akteuren hin zu jüdischen Opfer-Zeitzeugen ist der Preis für die Anerkennung der Zeitzeugenschaft als immanentem Bestandteil der Erinnerungskultur. So dient die Opfer-Identifikation der Schuld-Entlastung. Oder um es mit den Worten von Martin Sabrow zu sagen: »Ein bekennender Nazi, ein eifernder Kommunist taugen nicht als Zeitzeugen.«⁹⁰

V. Fazit

Während sich an der Person des jüdischen Kommunisten Emil Carlebach die Spaltung des bundesrepublikanischen Antinazismus in den Fragen der Deutschlandpolitik, der Westbindung, der westdeutschen Wiederbewaffnung (vor allem in Bezug auf die atomare Bedrohung) und der europäischen Integration, vor allem aber im Umgang mit dem sowjetischen Modell und dem Verhältnis zur DDR ebenso wie im Verhältnis zu den USA zeigt, scheinen die Betätigungsfelder der kommunistischen Jüdin Esther Bejarano zunächst enger gesteckt. Doch reichte sie als Medium politischer Repräsentation weiter in die sich etablierenden erinnerungskulturellen Initiativen hinein, wie etwa in den Schulgesprächen, durch Würdigungen auf kommunaler und staatlicher Ebene oder auch durch ihre Musik, die ihr Leben von Kindesbeinen an geprägt hatte.

Die Wechselwirkungen und Aushandlung von Machtverhältnissen in der westdeutschen Demokratie ergaben sich für jüdische Kommunistinnen und Kommunisten durch die verschiedenen Einbindungen und Nutzungen ihrer Zeitzeugenschaft im institutionellen Rahmen. Mit der Teilnahme an der liberalen Demokratie eröffnete sich ein Spannungsfeld der Partizipation, dem sich Carlebach und Bejarano nicht entziehen konnten: Die Dynamik zwischen kritischer Haltung als politische – kommunistische – Zeitzeugen und der Vereinnahmung durch die affirmative Bestätigung der deutschen Erinnerungskultur, die gleichzeitig einen Machterwerb im geschichtskulturellen Diskurs um den Nationalsozialismus bedeutete, prägte ihre politische Tätigkeit wesentlich.

Dabei nahmen Emil Carlebach und Esther Bejarano als kommunistisch eingestellte Juden in ganz unterschiedlicher Art und Weise an der liberalen Demokratie teil. Sie prägten unterschiedliche Phasen der Erinnerungskultur und damit auch der Demokratie in (West-)Deutschland. Von hier nutzten jüdische Kommunistinnen und Kommunisten den geteilten Anspruch an ein gesellschaftlich verankertes Gedenken auch als diskursives Vehikel im gesetzten Rahmen des demokratischen Systems. Zugleich war ihr Handeln angetrieben von dem Bestreben einer »engagierte[n] Demokratie, die die Fehler der Weimarer Zeit nicht wiederholen« werde,⁹¹ wie Carlebach einmal selbst bekundete.

90 Martin Sabrow: Der Zeitzeuge als Wanderer zwischen zwei Welten, in: Norbert Frei/Martin Sabrow (Hg.): Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945, Göttingen 2012, S. 13–32, hier S. 27.

91 Carlebach: Zensur ohne Schere (Anm. 15), S. 7.

Dabei zeigen sich Partizipationsformen in der liberalen Demokratie ebenso wie Grenzen der Wirkungsmacht des Kommunismus in Westeuropa. Die erinnerungspolitische Transformation in den 1980er-Jahren markiert dabei eine Wendung und Zuspitzung der Einflussmöglichkeiten jüdisch-kommunistischer Protagonistinnen und Protagonisten, die ihre *agency* als vergangenheitspolitische Akteure verstärkte, sie gleichzeitig jedoch auch zu entpolitisieren versuchte.

Mit diesem fortwährenden Transformationsprozess seit inzwischen etwa 30 Jahren gilt die Erinnerungskultur in Deutschland international als bedeutende kulturelle Errungenschaft im Hinblick auf das Selbstverständnis als demokratischer Staat. Der Umgang mit dem Nationalsozialismus – insbesondere mit der Schoah – wurde zum zentralen Teil der bundesrepublikanischen »Erfolgsgeschichte«,⁹² die in der Historiografie zur deutschen Demokratie (erneut) zur Meister-Erzählung gereicht.⁹³ Damit einher geht aber auch eine Kommodifizierung und Entpolitisierung der Memorialkultur. Werden demgegenüber die erinnerungskulturellen Beiträge jüdisch-kommunistischer Akteure, von »engagierten Demokraten« also, in den Mittelpunkt gestellt, lässt sich die Demokratiegeschichte Deutschlands auch als Geschichte vielfacher Wechselwirkungen erzählen.

92 Axel Schildt: Fünf Möglichkeiten, die Geschichte der Bundesrepublik zu erzählen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (1999), H. 10, S. 1234–1244, hier S. 1235 f.

93 Allen voran: Hedwig Richter: Demokratie. Eine deutsche Affäre, München 2020; oder auch Edgar Wolfrum: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006.

